

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

84 (20.10.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Anfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 84.

Karlsruhe, Mittwoch den 20. October

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreifünftigen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

— Vom Redar, 6. Okt. Die Karlsruher Zeitung ist in ihren halbamtlichen Rechtfertigungen nicht glücklich; namentlich ist die Offenburger Versammlung für sie zu einer schlimmen Klippe geworden. Wir wollen nicht einmal davon reden, daß sie die schale Weisheit, womit ein ultramontanes Blatt gesetzliche Forderungen badischer Bürger lächerlich zu machen glaubte, (in Nr. 271) als leitenden Artikel abdruckte; wir meinen vielmehr ihre eignen, lang ausgesponnenen Beweisführungen, womit sie die 13 Offenburger Artikel todtmachen und das Verbot der Donauessinger Versammlung rechtfertigen will. Sie hat sich dabei in einem eigenen Aufsatze gegen das Verlangen der Offenburger nach „Vertretung des Volkes beim Bunde“ erklärt; denn, ruft sie aus, wäre es so ganz unwahrscheinlich, daß eine solche Versammlung, welche man dem Bundestag beigegeben, im Jahre 1829 den Russen noch weiter geholfen, im Jahr 1830 die Rheingrenze ohne Bewahrung gelassen, im Jahr 1836 das ganze Luxemburg abgetreten, im Jahr 1840 die Franzosen nach Aegypten geschickt und vielleicht in der neuesten Zeit, so weit es an ihr lag, den Polen ihre Grenze zunächst bei Berlin angewiesen, oder die Oesterreicher aus Italien vertrieben hätte? Eine gelinde Landesverrätherie ist es also, welche die Karls. Zeit. der liberalen Partei zutraut, und warum? Man höre: weil ein Theil der deutschen Presse in den zwanziger Jahren für die Griechen schwärmte und den russischen Türkenfeldzug gerne sah, statt ein schmachlich mishandeltes Volk mit Hrn. Geng als freche Empörer zu bezeichnen, oder weil sich nach der Juli-revolution hie und da französische Sympathieen kundgaben, weil sich 1836 und 1840 nicht alle deutschen Blätter einstimmig gegen die fremden Amassungen erklärten, und weil man vielleicht auch heute noch das Aufstreben Italiens freudig begrüßt, das Unglück und die Mishandlung Polens beklagt — deswegen ist es wahrscheinlich, daß eine Volksvertretung beim Bundestag das deutsche Land gutmüthig verkaufe! Auch wir beklagen mit der Karlsruher Zeitung, und vielleicht lebhafter als sie, daß sich die Angelegenheiten der Donauländer, die luxemburgische, die holländische Sache in einem für Deutschland ungunstigen Sinne entschieden haben, aber wir wissen nicht, wo der Bundestag, wie er jetzt besteht, zur besseren Lösung dieser Fragen beigetragen hat, wir begreifen nicht, wie eine Versammlung von Diplomaten für eines Volkes Wohl besser sorgen soll, als das Volk selbst in seinen tüchtigsten Vertretern, wir sehen es vielmehr als ganz widersinnig an, daß eine Nation durch ihre eignen frei gewählten Repräsentanten sich selbst zerstückeln, verkümmern, an das Ausland preisgeben soll! So viel wir wissen, gieng die freisinnige Partei bei der Agitation von 1840 und 1846 voran; dagegen haben wir nie davon gehört, daß die innern und äußern Lebens-

fragen Deutschlands, die luxemburgische, die schleswig-holsteinische, die hannoversche Angelegenheit, die Pressefrage, die nationale Wehrverfassung zu Frankfurt a. M. eine besonders warme und leidenschaftliche Vertretung gefunden haben. Wenn in den zwanziger und dreißiger Jahren oft Mißmuth und Verbitterung herrschte und sogar Sympathien für das Ausland vorhanden waren, so war eben nichts daran Schuld, als das Ungenügende der eignen innern Zustände, das schmerzliche Gefühl, nach großen Opfern nichts eingetauscht zu haben, als die Reaction. Oder waren die Beschlüsse zu Karlsbad, die geheimen Verabredungen zu Wien, die Unterdrückung der freien Presse und des Assoziationsrechts, das Geschehenlassen einer ungeheuern Rechtsverletzung in Hannover — waren das besonders verführerische Probestücke jener diplomatischen Staatsweisheit, hieß das den Volksgeist pflegen, das nationale Selbstgefühl großziehen? Äußere Wohlfahrt und inneres Gedeihen sind bei jedem Volke unzertrennlich verknüpft; wo im Innern Mißverhältnisse ohne Lösung, gerechte Forderungen ohne Befriedigung bleiben, da wird es auch nach Außen nichts Rechtes werden, und wer auf seine nationale Gesinnung nach Außen pocht, der muß zuerst eine warme, aufrichtige Liebe zur innern Freiheit in sich tragen. Die Karlsruher Z., die mit so lobenswerthem Eifer die Donaumündungen, Luxemburg und Schleswig-Holstein bewacht, sollte nicht bloß über die Grenzen schauen, sondern auch landeinwärts; sie fände da eine beengte Presse, ein unterdrücktes Assoziationsrecht, eine verkümmerte Religionsfreiheit, Unbilligkeiten in Rechten und Lasten, Polizeigewalt und Beamtenthum genug, und würde vielleicht unparteiisch genug sein, auch einmal diese wunden Stellen mit der Wärme zu besprechen, wie unsere auswärtige Politik. (Deutsche Zeitung.)

(Der Sonderbund). Montag, 18. October ist die Tagung in Bern wieder zusammengetreten, um über den Vollzug ihres Beschlusses vom 20. Juli, daß der Sonderbund als unverträglich mit der Verfassung der Eidgenossenschaft aufgelöst sei, zu berathen. Nach den Entschliessungen der Großen Räte in St. Gallen, Graubünden, Schaffhausen, Zürich, Glarus und Appenzell A. Rh. ist die Mehrheit für den Vollzug durch Execution gesichert. Zuvor werden noch gütliche Mittel angewendet, das heißt, eidgenössische Bevollmächtigte an die widerspenstigen Cantone gesendet werden, um sie aufzufordern, dem Beschlusse der Tagung Folge zu leisten. Gleichzeitig aber wird das Aufgebot einer Achtung gebietenden Truppenmacht erfolgen, sowohl um den Aufforderungen Nachdruck zu geben, als um zu verhindern, daß die Aufständischen angriffsweise losbrechen. Die Vertreter des

Cantons Zug haben bereits beschloffen, den Sonderbund zu verlassen, wenn die Ausweisung der Jesuiten aufgegeben, den Katholiken Garantie gegeben und die Selbstständigkeit der Cantone geachtet werde; in Luzern und Freiburg, wie im Canton Schwyz werden die pomphaften Berichte von zahllosen Kriegern für die Jesuitensache vor den Ereignissen bald auf ein sehr kleines Maß zurückgeführt werden. Es ist ein Glück für die Schweiz, daß die Tagsatzung mit Umsicht und Entschiedenheit auf ihren Entschlüssen beharrt, und daß die Bevölkerung sie unterstützt, um den vom Ausland angeregten Feinden der Freiheit und Bildung wie des kirchlichen Friedens einen kräftigen Damm zu setzen.

Das heutige Morgenblatt gibt eine Mittheilung über die Art und Weise, wie in einem Wahlbezirk des Odenwaldes die Bürger für die Candidaten der Rückschrittpartei gestimmt werden. Die großherzogl. Staatsregierung, sagt dasselbe, hat den Bezirksförster Schreiber zu Ziegelhausen beauftragt, die Vorarbeiten und Ueberschläge aufzunehmen, um zu erfahren, welcher Aufwand für die Herstellung der Bizzinalstraßen in einem Theile des südwestlichen Odenwaldes erforderlich wäre. Dieser Aufwand soll den armen Gemeinden abgenommen und von der Staatskasse bestritten werden. Zufällig tritt der freisinnige Abgeordnete des Bezirks, zu welchem dieser Theil des Odenwaldes gehört (Helmreich), aus der Kammer und es steht eine neue Wahl bevor. Als Beweis, daß die „Vorarbeiten“ nicht fruchtlos waren, nennt das Morgenblatt den Bezirksförster Schreiber unter den in Ziegelhausen erwählten Wählern und denunziert nebenbei den evangelischen Schullehrer als Begünstiger liberaler Wahlen.

Aus dem Taubergrunde kommen uns Berichte zu, welche auch die Abendzeitung theilweise schon gebracht hat, und denen wir folgendes entnehmen:

Tauberbischofsheim, Ende September. Hr. Regierungsdirector Schaaß von Mannheim verweilt schon einige Tage in hiesiger Stadt, um eine Amtsvisitation vorzunehmen. Der Umstand, daß sonst ein derartiges Geschäft nur durch einen Commissär der Regierung vorgenommen wird, daß aber die Zeit der Deputirtenwahl auch in hiesiger Gegend herangerückt ist, drängt dem Publikum, das eine Einwirkung der Regierung durch ihre Beamten auf die Wahlen beseitigt glaubte, die dringende Vermuthung auf, daß dies hier nicht der Fall sei, daß die Amtsvisitation, wenn sie auch begonnen, doch nur den Vorwand zur Anwesenheit bilde; letztere, was offen gemißbilligt wird, jedenfalls dazu zu dienen bestimmt sei, um mehr Einfluß auf die Wähler zu äußern.

Aus dem Taubergrunde, 14. Octbr. Die Wahlmänner des Bezirks Tauberbischofsheim, welche Herrn Regierungsdirector Dahmen zum Abgeordneten gewählt hatten, und da derselbe abgedankt, einen Andern zu wählen berufen sind, bestehen meistens aus Beamten, Geistlichen, Bürgermeistern, Rathschreibern und ähnlichen Bestandtheilen. Um die Wahl vorzubereiten, weisen seit einiger Zeit die Herren Regierungsdirector Schaaß, Revisor Ameling und Regierungsrath Abegg in unserer Gegend. Am 11. d. M. ließ Regs. Director Schaaß die Wahlmänner versammeln, gab ihnen ein Mittagessen und trug ihnen auf, keinen Andern als Regierungsrath Abegg zu wählen, worauf sie die Versicherung gaben, nach den Befehlen des Herrn Regierungsdirectors handeln zu wollen. Die Wahl-

männer des Amtes Gerlachshausen wollen Herrn Hofgerichtsrath Hilbrand zum Abgeordneten ernennen, und eine Verständigung zwischen beiden Aemtern ist noch zu erwarten. Es wäre möglich, daß sie für Letzteren entschiede, da die Kammerverhandlungen über die frühere Ueberlinger Wahl nicht zu Gunsten des Herrn Abegg sprechen. Von Hofrath Blaz ist keine Rede und für ihn auch keine Hoffnung, wovon er sich überzeugt haben mag, als er unlängst deshalb hierher gekommen war.

Mannheim, 16. October. Gestern wurden im sechsten und heute im siebenten Distrikt die Wahlmänner der Liberalen beinahe einstimmig gewählt. In jedem der beiden hatten die Gegner nur vier Stimmen unter 204 und 178. Die falschen Ausstreunungen, als sei die Wahl eingestellt, hatten manche Wähler abgehalten, allein die Stimmenzahl der Liberalen beträgt die große Mehrheit sämtlicher Urwähler, so daß, wenn alle Ausgebliebenen zu den Gegnern gerechnet werden, das Ergebnis das nämliche bliebe. Allein es sind die Liberalen, welche zum Erscheinen einladen, die Gegner, welche davon abzuhalten suchen, und daraus kann man abnehmen, auf welcher Seite das Vertrauen zu den Wählern sich befindet. Heute ist ein Erlaß des Stadtamtes erschienen, wonach Treppen und Gänge des Rathhauses freigehalten, auch auf dem Marktplatze keine Zusammenrottungen stattfinden sollen, welche den Wählern den Zutritt erschweren würden. Das Bürgermeisteramt ist beauftragt, für den Vollzug dieser Anordnungen zu sorgen. Es war aber, wie schon früher bemerkt wurde, der Montag der einzige Tag, an welchem eine größere Anzahl von Bürgern vor dem Rathhause erschien, um die Gegner, die sich an den vorigen Wahltagen dort eingefunden hatten, zu überwachen. Seit diese für gut gefunden, sich zurückzuziehen, war das Rathhaus freigeblieben; auf dem Markte standen nur kleinere Gruppen, die keinen Zugang sperrten; erst gegen zwölf Uhr vermehrt sich die Anzahl der Wähler, um das Ergebnis zu erfahren. Ungehörlichkeiten sind von den Gegnern erdichtet, in der Wirklichkeit aber nicht vorgekommen, wie die Polizei, welche beständig anwesend war, wird bezengen müssen. Die Bürger sind entrüstet über die Lügen in dem Manifeste des engern Sinnes, die keinen andern Zweck haben können, als der Ehre der Stadt einen Flecken anzuhängen; allein auch auswärts muß die Schmach auf die Partei zurückfallen, von welcher die falschen Beschuldigungen ausgegangen sind.

Seit es sich als unzweifelhaft herausgestellt, daß die Hoffnungen, die Wahlen in Mannheim für den Rückschritt zu gewinnen, auf Sand gebaut waren, bessern sich auch andere Verhältnisse wieder. Die Censur behandelt den Zuschauer und die Mittheilungen über die Wahlen in der Abendzeitung etwas milder; wenn die Bürger nicht standhaft und muthig ihre politischen Rechte im Sinne der freien, constitutionellen Richtung ausübten, so würde die Unterdrückung der Gedankenmittheilung und die Bevormundung in allen Beziehungen des bürgerlichen Lebens bald wieder überhand nehmen.

Gestern sind mehrere Bürger über die Angaben in dem Manifeste des engern Sinnes wegen Belästigung und Missethandlung von Wählern vernommen worden, und es soll sich herausgestellt haben, daß dieselben durchaus grundlos waren. Mit der Klage, daß Wählern die Zettel zerrissen worden

feien, verhält es sich z. B. wie folgt: Einem Wähler war von Herrn Berberich ein Zettel ausgenöthigt worden, wovon dieser aber keinen Gebrauch machte, sondern für die liberalen Candidaten stimmte. Beim Heruntergehen aus dem Wahlzimmer zeigte er den Zettel der Gegner einem Bekannten, und dieser zerriss denselben, wogegen jener nichts einzuwenden hatte. Man ist begierig, zu erfahren, ob die Blätter, welche ihre Spalten allen von dem „engern Sinne“ ausgestreuten Unwahrheiten, ohne sich im geringsten über den Inhalt zu verlässigen, so bereitwillig geöffnet haben, wie die Karlsruher und Freiburger Zeitung, auch die Berichtigungen aufnehmen, die ihnen zukommen werden. Wer die hiesigen Wahlen angesehen und die Berichte des „engern Sinnes“ gelesen hat, der ist erstaunt und entrüstet über die Keckheit, womit das Publicum darin angelogen wird.

Mannheim, 18. October. Mit dem gestrigen Morgenblatt ist nachstehende Bekanntmachung als Beilage erschienen:

„Erhaltener Weisung zufolge, machen wir unter Bezug auf das Manifest an die gemäßigt-liberalen Bürger Mannheims, dessen Inhalt sich wenigstens theilweise bestätigt, bekannt, daß für den Fall, daß wieder ein Unfug ähnlicher Art, wie beim 3. und 4. Wahltag, zu Tag kommen oder durch Versammlungen in oder vor dem Rathhause auch nur drohen sollte, wir die geeigneten Maßregeln zum Schutze der Wahlfreiheit ergreifen und durch die strengsten Mittel alle Beleidigungen gegen die hin- oder zurückgehenden Wähler und alle Gewaltthätigkeiten gegen dieselben verhindern werden. Indessen geben wir uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß hiezu kein weiterer Anlaß gegeben werde, und fordern zugleich, gestützt auf die Intelligenz und den Rechtlichkeitsinn der hiesigen Einwohner, die Wähler auf, sich unter diesen Umständen nicht abhalten zu lassen, diese ihre staatsbürgerlichen Befugnisse, die zugleich eine ihrer heiligsten Bürgerpflicht ist, auszuüben.

Mannheim, den 16. October 1847.

Großherzogliches Stadttamt.

Kern.

vdt. Rödr.

Es wäre schwer, den peinlichen Eindruck zu beschreiben, welchen der Inhalt dieses Arienstückes in den Gemüthern der Bürger hervorbrachte. Viele zweifelten an der Richtigkeit, weil sie es für unmöglich hielten, daß die Staatsbehörde unter Bezugnahme auf ein namenloses Flugblatt, auf eine Weisung — deren Quelle nicht angegeben ist, die von Jedermann als lügenhaft erkannten Ausstreunungen „wenigstens theilweise“ als richtig annehmen, auch hierüber keinen nähern Aufschluß geben, und der Ehre der Stadt in so empfindlicher Weise zu nahe treten konnte.

Dies war zu viel, um unbeachtet hingenommen zu werden. Heute Vormittag versammelten sich mehrere Bürger und sendeten zwei Deputationen, die eine an das Gr. Stadttamt, die andere an die Wahlcommission. Die Erstere erhielt und veröffentlichte nachstehende Erklärung:

„Im Auftrage einer Anzahl von Bürgern Mannheims, welche die Ehre ihrer Stadt und der ganzen Bürgerschaft durch die stadttamtliche Bekanntmachung vom 16. October auf's Tiefste verletzt erachten, verfügte sich heute früh eine Deputation von sieben Bürgern zu Hrn. Stadtdirektor Kern, um demselben vorzustellen, wie die durch die lügenhaften Ausstreunungen des Manifestes des verstärkten Wahlcommite der sogenannten gemäßigt liberalen Bürger und die demselben in der stadttamt-

lichen Bekanntmachung gegebene Bestätigung schwer gekränkte Ehre der Stadt Mannheim dringend eine Wiederherstellung durch eine unumwundene, wahrheitsgetreue öffentliche Erklärung erheische.

Hr. Stadtdirektor Kern erwiderte darauf der Deputation: Er habe diese Bekanntmachung in Folge einer Weisung der Gr. Regierung des Untertheinkreises erlassen; die darin ausgesprochene Behauptung, daß der Inhalt des Manifestes sich wenigstens theilweise bestätigt habe, sei nur im Allgemeinen gemacht und beziehe sich durchaus nicht auf die liberale Partei. Er betrachte sich selbst durch jenes Manifest als angegriffen, und deshalb sei eine Untersuchung eben so gut zu seiner Rechtfertigung, wie zur Rechtfertigung der Bürgerschaft eingeleitet; dieselbe habe bis jetzt keine von allen Beschuldigungen des Manifestes bestätigt, mit Ausnahme der Thatsache, daß einige Personen ausgelacht worden seien. Auch sei von dem am Wahllocale aufgestellten Polizeipersonale keine Anzeige eingekommen. Es habe daher mit der Bekanntmachung vom 16. d. nicht ein Unfug von Seiten der liberalen Partei, sondern ein solcher von beiden Seiten verhütet werden wollen.

Indem wir diese mündlich gegebene Erklärung des Herrn Stadtdirektors Kern zur Wahrung der schmählich angegriffenen Ehre unserer Bürgerschaft hiermit der Oeffentlichkeit übergeben, erwarten wir von der Ehrenhaftigkeit unseres Beamten, daß er dieselbe als wahr, öffentlich bestätigen werde.

Mannheim, 18. October 1847.

v. Jßstein. Knippenberg. G. Eller. K. Hoff.
B. Streuber. H. Rös. Bielefeld. Engelhard.

Diese Bekanntmachung gibt Aufschluß über die Quelle, aus welcher die Weisung an das Gr. Stadttamt floß, und über die Mittel, deren sich die Rückschrittpartei nicht schämt, um eine ganze Bürgerschaft anzuschwärzen. Außerdem hat man erfahren, daß das Lügenmanifest an den Bundestag, an sämmtliche deutsche Regierungen, an viele diplomatische Personen u. s. w. versendet worden ist. Es liegt hier ein Plan der Rückschrittpartei zu Tage, welcher alle auswärtigen reaktionären Elemente nicht nur gegen die liberalen Bürger, sondern auch gegen constitutionell gesinnte Staatsmänner und Beamte zu Hülfe ruft, ein Plan, wobei der schlechtere Theil der Bureaucratie mitwirkt, der aber an der Tüchtigkeit und dem Muth der Bürger scheitern muß. — Die Erklärung der Wahlcommission lautet:

„Aufgefordert von einer Anzahl hiesiger Bürger, erklärt die unterzeichnete Behörde, daß ihr weder auf officiellern noch auf andern Wege irgend ein die Wahlfreiheit gefährdender Unfug bekannt geworden, daß alle in dem angeführten Manifest behaupteten Thatsachen, soweit ihr bekannt, Unwahrheiten sind, und daß bei der unterzeichneten Commission nur eine einzige Beschwerde erhoben worden, welche sich jedoch auf sogleich gepflogene Untersuchung als Unwahrheit herausgestellt hat Mannheim, 18. October 1847.

Die Wahlcommission der Stadt Mannheim.

Jolly. Jos. Moll.

Pfeifer.

Heute Abend wird eine außerordentliche Sitzung des Gemeinderaths und Bürgerausschusses stattfinden, um gegen die Urheber des ehrenrührigen Treibens Beschwerde zu erheben. Ein ähnlicher Schritt soll ferner von einer großen Anzahl unbescholtener Bürger ausgehen. Die „Committenten“ des engern Sinnes werden erfahren, daß ihre Stellung hier durch ihre

niedriges Parteitreiben, welches der Regierung weit mehr als den Bürgern schadet, unhaltbar geworden ist.

Der „engere Sinn“ hatte die Wähler in den letzten Tagen von der Ausübung ihres Rechtes abgemahnt. Die stadtmiliche Bekanntmachung hatte sie dagegen aufgefordert, davon Gebrauch zu machen. Das Ergebnis der heutigen Wahl des achten Distrikts war, daß die liberalen Kandidaten mit 148 gegen 73 Stimmen gewählt worden sind. Die Minorität besteht aus Wählern „die ein öffentliches Amt bekleiden,“ und etwa 15 Bürgern. In dem Distrikte, dem letzten, auf den der „engere Sinn“ seinen „Committenten“ Hoffnung machte, befinden sich das Zuchtbaus, der Bahnhof, das Zollhaus und die Brückenanstalt. Alle diese Kräfte, dabei eine Reihe Postbedienstete, Polizeidiener u. dgl. waren gegen die liberalen Bürger aufgetreten, konnten aber gegen dieselben nicht aufkommen. Polizeidiener, welche sich vor dem Rathhause Schimpfreden gegen die Bürger erlaubt haben sollen, wurden zur Anzeige gebracht. — Daß die Wahlen der beiden letzten Distrikte am Mittwoch und Donnerstag für die freisinnige Richtung ausfallen, unterliegt keinem Zweifel, da dort die Bürger die große Mehrheit haben.

Verschiedenes.

— Hannover, Oldenburg und Bremen sollen sich bereit erklärt haben, auf die Vorschläge für die Errichtung eines deutschen Handels- und Schifffahrtsvereins einzugehen. Hamburg will bekanntlich nichts davon wissen und in seiner abgeforderten Stellung gegen Deutschland verharren. — Der österreichische Erzherzog Friedrich, Sohn des unlängst verstorbenen Erzherzog Karl, ist am 5. Oktober in Venedig schnell gestorben. Er war erst 26 Jahre alt, und die Umstände seines schnellen Hinsierbens (Fieber, Erbrechen, schnelle Abnahme der Kräfte) bedürfen noch einer näheren Aufklärung.

— In Oldenburg haben die Ausschüsse der drei Kirchspiele des Saterlandes in einer Adresse den Großherzog um Erfüllung des dreizehnten Artikels der Bundesakte gebeten. Sie bitten daß zur Verathung des Entwurfs einer Landesverfassung Vertreter des ganzen Landes zusammenberufen werden möchten.

— In Hamburg fürchtet man die Rückwirkung der in England ausgebrochenen Bankerotte. Hamburg hält mehr auf seine Verbindungen mit England, als mit Deutschland; vielleicht verschafft diese Lehre der bisher unbeachteten Mahnung geneigteres Gehör: An's Vaterland, an's theure, schließ dich an.

— Den niederösterreichischen Ständen ist auf ihren Antrag, zur Ablösung der Grundlasten eine Creditbank zu errichten, der Bescheid geworden: Die Regierung erkenne zwar ihre wohlmeinende Absicht, allein der Gegenstand sei von so weitem und tiefem Umfange, daß er die gründlichste Aufmerksamkeit erfordere u. s. w. — Kurz, es wird nichts daraus, weil diejenigen, welche Geld zu hohen Zinsen anlegen wollen, mehr Einfluß haben, als jene, die es zu billigen Zinsen suchen.

— Auf eine Frage des Fürsten v. Wrede in der Kammer der bayerischen Reichsräthe, erwiederte der Erzbischof von München-Freising, Graf Keisach, daß er dem Jesuitenorden nicht angehöre, was schon daraus hervorgehe, daß ein Mitglied desselben keine geistlichen Würden begleiten könne.

— Aus Anspach ist eine Vorstellung mit 1050 Unterschriften

abgegangen, worin der König gebeten wird, den gegenwärtigen Nothstand in's Auge zu fassen, und dem gedrückten Gewerbestand für Hilfe zu sorgen.

— Die Versammlung deutscher Anwälte in Hamburg hat auf den Antrag des Herrn Clausen nach lebhafter Erörterung ausgesprochen: daß das Recht, die jetzigen Zustände und die Ehre des deutschen Volkes die Pressfreiheit nothwendig fordern.

— Der Nürnberger Singverein hat eine Vorstellung zu Gunsten Beseler's veranstaltet.

— Das provisorische Comité des Nationalvereins zu Darmstadt für deutsche Auswanderung und Anstiedelung, wendet sich neuerdings an die deutschen Mitbürger mit der Aufforderung zur Theilnahme durch Zeichnung von Actien und Jahresbeiträgen, um eine baldige Wirksamkeit des Vereins möglich zu machen. Mitte November soll eine Generalversammlung in Darmstadt abgehalten werden. Wegen jeder Auskunft wendet man sich an Kaufmann Karl Schwarz in Darmstadt, und es wäre besonders erwünscht, wenn sich aus allen Städten Männer anmeldeten, welche als Agenten das Sammeln von Unterzeichnungen und Beiträgen freiwillig übernehmen.

— In den Zeitungen war die Rede, daß nach dem Tode des Königs von Hannover die Regentschaft einem preussischen Prinzen übertragen werden solle.

— Der König von Baiern bemerkte den Abgeordneten, die ihm am 10. Oktober vorgestellt wurden: die Regierung werde zwar diesem Landtage nur die Geldfrage vorlegen, aber an dem nächsten Landtage die Beschwerden und Anträge berücksichtigen. So hat Jeder, was er braucht: der Staat — Geld, das Volk — Geduld.

— Zu einer Fahrt auf der Eisenbahn von Warschau nach Krakau, die am 1. November eröffnet werden soll, ist für den Kaiser von Rußland ein Wagen gebaut worden, der gegen 120,000 fl. kostet. Die Stadt Warschau ist zum Empfang des Kaisers aufgezuzt, die Bettler sind eingesperrt, die Schüler neu uniformirt und die Bürger angewiesen, die Bärte zu scheeren.

— In Coblenz ist ein Ausruf zur Gründung eines Vereins sämmtlicher Einwohner auf mehrere Jahre erlassen, um dem Wucher zu steuern, zunächst aber, Brod zu einem ständigen Mittelpreise zu liefern. Die Stadt soll die Garantie für das Betriebskapital von 30 bis 40,000 Thln. übernehmen, die Verluste sollen durch freiwillige Beiträge gedeckt, die Vorräthe aus fernem Ländern bezogen werden.

Im Juli-Frankreich, unter der glorreichen Juliregierung, ist das Singen der Hymne auf Pius IX. verboten worden, — weil Frankreich in Italien neutral bleiben wolle, und das Lied bei andern Mächten Anstoß erregen könne!

Unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.